

orientiertem Anpassungsdruck und ideologischer Beharrung, verliert er leicht seine entscheidende Volkstumslegitimation im Wettbewerb mit »vertrauenswürdigen« Rivalen.

Solche strukturellen Hindernisse im südafrikanischen politischen Entscheidungsprozeß bestimmen gegenwärtig das langsame Reformtempo. Eine schnellere und radikalere Reform in Südafrika ist gegenwärtig nur nach einer Spaltung der Nationalen Partei denkbar. Die Wahrscheinlichkeit solch einer politischen Umgruppierung im burischen Lager hängt aber entscheidend von der Kosteneskalation ab. Eine herkömmliche Auffassung besagt, daß Gruppen unter äußerem Druck sich stärker zusammenschließen und ihre internen Gegensätze vergessen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß sich eine bedrohte Rassenoligarchie in diesem Falle spaltet, wie dies auch mit der Regierungspartei in Namibia und Rhodesien der Fall war. Die weißen südafrikanischen Machthaber repräsentieren schon

lange nicht mehr eine homogene, monolithische Machtelite. Ihre Gemeinsamkeit bloßer Hautfarbe (und ethnischer Identität im Falle der Buren) stellt eine schwache, zerbrechliche Basis dar, wenn es einmal um die pragmatische Interessenwahrnehmung real bedrohter Segmente geht.

Anmerkungen

- 1 B.Oudes, Report on a Symposium on South Africa: Issues and Policy Implications for the United States, Mount Kisco (N. Y.) 1978, S.8.
- 2 M. Savage, Costs of Enforcing Apartheid and Problems of Change, in: African Affairs, Bd. 76, Nr.304 (Juli 1977), S.287ff. — Vgl. auch S.196 dieser Ausgabe.
- 3 Die Vaderland v.21.11.1977.
- 4 The Star v. 21.12.1977.
- 5 Th. Hanf/H. Weiland/G. Vierdag, Südafrika: Friedlicher Wandel? Möglichkeiten demokratischer Konfliktregelung — Eine empirische Untersuchung, München—Mainz 1978. — S. auch meine Besprechung dieser Studie (»Die Angst vor der Zukunft«) in: Die Zeit v. 13.10.1978.
- 6 Zum Beispiel: Th. F. Pettigrew, Personality and Socio-cultural Factors in Intergroup Attitudes: A Cross-national Comparison, in: Conflict Resolution, Bd. II, Nr.1 (März 1958).

Apartheid und Wirtschaft

Vom Motor zur Bremse moderner Entwicklung in Südafrika

HENNING MELBER · WOLFGANG SCHNEIDER-BARTHOLD

Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen die Republik Südafrika (RSA) wurde bereits mehrfach seitens der Generalversammlung der Vereinten Nationen verlangt; auch auf der 33. ordentlichen Tagung wurden entsprechende Forderungen erhoben. Bindende Beschlüsse über derart weitreichende Maßnahmen faßt jedoch nicht die Generalversammlung, sondern der Sicherheitsrat. In diesem mit der Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betrauten Gremium, dessen Ständige Mitglieder China, Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sind, haben sich die westlichen Ratsmitglieder lange den insbesondere von der afrikanischen Staatengruppe erhobenen Forderungen widersetzt, stimmten aber vor einem Jahr einem bindenden Waffenembargo gegen die RSA zu¹. Erstmals wurden somit Sanktionen gegen einen Mitgliedstaat der Weltorganisation verhängt; gegen Bestrebungen zu einer Verschärfung der Sanktionen (beispielsweise in Gestalt eines Ölembargos, eines Investitionsstopps oder eines generellen Handelsembargos) haben die Westmächte jedoch Widerstand angekündigt. Gleichwohl wird, nachdem in den westlichen Industrieländern schon vor Jahren politisch engagierte Gruppen (deren Wirkung sich freilich auf die politische Bewußtseinsbildung beschränkt) die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gefordert hatten, dieses Thema seit einigen Monaten auch von Politikern, Diplomaten und Ministerialbeamten ernsthaft diskutiert; Unternehmer und Gewerkschafter haben sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Die Fürsprecher von Sanktionen wollen mit deren Hilfe die südafrikanische Regierung zwingen, die Rassendiskriminierung in Politik und Wirtschaft abzuschaffen und Namibia auf eine Weise in die Unabhängigkeit zu entlassen, die internationale Anerkennung findet. Die Gegner derartiger Maßnahmen lehnen nicht unbedingt die Ziele der Fürsprecher ab, halten aber Wirtschaftssanktionen für ein ungeeignetes Mittel. Am häufigsten werden folgende Argumente genannt:

- das Beispiel Rhodesien habe in jüngster Zeit gezeigt, daß Wirtschaftssanktionen umgangen würden und daß es unmöglich sei, ihre Einhaltung zu überwachen;
- die RSA sei bereits in einem Maße autark und verfüge über große Lagerbestände der Güter, die sie nicht selbst herstellen könne, daß Sanktionen gar nicht griffen;
- die südafrikanische Wirtschaft sei so stark mit den Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer verflochten,

daß Sanktionen erstens sofort auch die Industrieländer trafen (Rückgang der Im- und Exporte) und zweitens zu Vergeltungsmaßnahmen der südafrikanischen Regierung führen könnten, die auch recht schmerzhaft für die westlichen Industrieländer wären (etwa Beschlagnahme des Auslandsvermögens).

Im Rahmen dieses Aufsatzes können die Argumente für und wider Wirtschaftssanktionen nicht diskutiert werden². Überhaupt ist es fraglich, ob es sinnvoll ist, das Gewicht eines jeden Arguments zu bestimmen und gegen die Gegenargumente abzuwägen, in der Hoffnung, dadurch zu einer eindeutigen Schlußfolgerung zu gelangen. Eine solche Gewichtung und Saldierung würde sich schnell von der Basis nüchterner Tatsachen entfernen und sich auf das unsichere Gebiet der Spekulationen begeben. Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen ist primär ein politisches Ereignis in doppeltem Sinne: zum einen muß sich der Wille zur Verhängung von Sanktionen politisch gegen den Willen derer durchsetzen, die aus wirtschaftlichen Interessen oder aus anderen Gründen dagegen sind, und zum anderen setzt der Entschluß wirtschaftlich einflußreicher Staaten, über einen Wirtschaftspartner Sanktionen zu verhängen, ein politisches Signal, das ganz unabhängig von seiner wirtschaftlichen Wirksamkeit politische Folgen hat. Damit wäre auch im Falle Südafrikas zu rechnen, wenn sich seine Hauptwirtschaftspartner gemeinsam auf die Verhängung von Sanktionen einigten (gemeinsam nicht nur wegen der größeren politischen Wirkung, sondern auch wegen der dann größeren Chance, auch wirtschaftlich etwas zu bewirken).

Im folgenden sollen also nicht Nutzen und Schaden, Erfolg und Mißerfolg von Wirtschaftssanktionen erörtert, sondern Struktur und gegenwärtiger Stand der südafrikanischen Wirtschaft anhand ausgewählter Indikatoren beschrieben und anhand ihrer Entstehungsgeschichte erklärt werden. Dabei wird sich erweisen, daß die südafrikanische Wirtschaft aus Gründen, die dem politischen und sozialen System der RSA innewohnen, an einem Punkt angelangt ist, der die grundlegende Änderung dieses Systems erzwingt.

I. Besondere Merkmale der Wirtschaftsstruktur

Daten zur südafrikanischen Wirtschaft

Volkswirtschaften werden anhand einiger Indikatoren wie Bruttosozialprodukt pro Kopf miteinander verglichen. Die

Indikatoren haben lediglich statistischen Wert und lassen keinerlei Rückschlüsse auf Wirtschaftsstruktur und Einkommensverteilung zu. Gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf der Bevölkerung stand die RSA 1975 mit 1 270 US-Dollar in der Weltrangliste zwischen Panama und Irak an 42. Stelle (Bundesrepublik Deutschland: 6 670 Dollar). Im innerafrikanischen Vergleich zeigt sich, daß Südafrika die viert-höchste Bevölkerungszahl und das höchste BSP hat. Beim BSP pro Kopf der Bevölkerung stehen von den unabhängigen Staaten Afrikas allerdings die Erdölproduzenten Libyen und Gabun vor der RSA³.

Sieht man die südafrikanische Wirtschaft als Einheit, so bietet sich eine Struktur dar, die der von Industrieländern gleicht: Der Beitrag des tertiären Sektors zum Bruttoinlandsprodukt ist am höchsten (1977: 46,7 vH), der des primären Sektors am niedrigsten (20,5 vH). Dazwischen steht der sekundäre Sektor (29,9 vH)⁴. An diesen Zahlen ist erkennbar, daß sich die südafrikanische Wirtschaft während der vergangenen Jahrzehnte in starkem Maße umstrukturiert und ihre Abhängigkeit von Landwirtschaft und Bergbau durch Diversifizierung verringert hat. Ein weiteres Merkmal entwickelter Länder ist in der südafrikanischen Wirtschaft auch dadurch gegeben, daß direkte Steuern als Quelle der staatlichen Finanzen überwiegen.

Die Tatsache, daß Primär- und Sekundärsektor überproportional viele Arbeitskräfte beschäftigen (1974: 27,6 vH und 33,4 vH), kann als Ergebnis des Überangebots an billigen Arbeitskräften gedeutet werden und läßt auf das Vorherrschen arbeitsintensiver Produktionsformen schließen. Zum Überangebot an Arbeitskräften kommt es deshalb, weil die Wirtschaft der RSA im Unterschied zu denen europäischer Industrieländer nicht homogen, d. h. überwiegend gleichmäßig entwickelt, sondern stärker noch als die von Entwicklungsländern durch die Existenz zweier ganz verschiedener, jedoch eng miteinander verzahnter Wirtschaftssektoren (bäuerliche Subsistenzwirtschaft und gewinnorientierte, monetäre Wirtschaft) gekennzeichnet ist. In der jüngeren Diskussion wird das Vorhandensein dieser zwei Sektoren innerhalb einer Nationalökonomie nicht mehr mit dem Begriff ›Dualismus‹, sondern mit dem der ›strukturellen Heterogenität‹ bezeichnet.

Die Außenhandelsbeziehungen der RSA unterscheiden sich aufgrund der reichhaltigen Bodenschätze, des landwirtschaftlichen Potentials und der kolonialen Prägung im wesentlichen nicht von denen der Entwicklungsländer. Die RSA führt landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe roh und bearbeitet aus (71,2 vH der Ausfuhren 1976) und führt vor allem Maschinen, Fahrzeuge und Transportausrüstungen (54 vH der Einfuhren 1976) ein. Die Ausfuhren setzten sich 1975 zu je 36,3 vH aus Rohstoffen und Zwischenprodukten und lediglich zu 12,5 vH aus Fertigprodukten (davon Kapitalgüter 5,4 vH und Verbrauchsgüter 7,1 vH) zusammen. Bei den Einfuhren überwogen im selben Jahr die Fertigprodukte mit 68 vH (davon Kapitalgüter 51,6 vH und Konsumgüter 16,4 vH). 25,8 vH der Einfuhren bestanden aus Zwischenprodukten und 5,6 vH aus Rohstoffen⁵. Handelspartner sind in erster Linie westliche Industrieländer. 54,2 vH aller Ausfuhren wurden 1976 an vier Länder geliefert (teilweise allerdings zum Re-Export): Großbritannien (22,2 vH), Japan (11,4 vH), Bundesrepublik Deutschland (10,5 vH) und Vereinigte Staaten (10,1 vH). Die Einfuhren stammten zu 57 vH aus nur drei Ländern, und zwar aus den Vereinigten Staaten (21,5 vH), aus der Bundesrepublik Deutschland (18 vH) und aus Großbritannien (17,5 vH)⁶.

Die RSA importiert mehr Waren als sie exportiert. Deshalb ist die Handelsbilanz (ohne Goldverkäufe) stets negativ. Sie ist es in den meisten Jahren (außer 1972, 1973 und 1977) auch dann noch gewesen, wenn die Exporte von Gold, das eine Zwitterstellung zwischen Ware und Geld einnimmt, berücksichtigt werden. Da auch die Leistungsbilanz stark negativ

ist, gilt dasselbe für die Bilanz der laufenden Posten (mit Ausnahme des Jahres 1977). Die Zahlungsbilanz wurde in der Vergangenheit von dem stets positiven Saldo der Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs und bis 1971 sowie im Jahre 1974 von dem positiven Saldo der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs ausgeglichen. Zunehmend müssen die Gold- und Währungsreserven zum Ausgleich der Zahlungsbilanz in Anspruch genommen werden.

Entstehung des Wirtschaftssystems

Das südafrikanische Wirtschaftssystem kann mit vier Schlagworten charakterisiert werden: strukturelle Heterogenität, Apartheid, Wirtschaftsentwicklung von oben und weltwirtschaftliche Verflechtung. Im folgenden soll kurz der historische Zusammenhang umrissen werden, der zur Entstehung des mit den Schlagworten charakterisierten Wirtschaftssystems führte. Dem schließt sich die genauere Diskussion einiger seiner Aspekte an.

Strukturelle Heterogenität. Im 17. und 18. Jahrhundert kolonisierten Europäer das Land am Kap, bekämpften und unterwarfen die Urbevölkerung sowie die von Norden her eingewanderten Afrikaner, verdrängten sie gewaltsam in unwirtliche und daher schnell überbevölkerte Gebiete (Reservate) und entzogen ihnen damit die Existenzgrundlage. So schufen sie die Voraussetzung für die Entstehung eines Reservoirs billiger Arbeitskräfte, die zum Überleben darauf angewiesen waren und sind, sich gegen Lohn im gewinnorientierten monetären Wirtschaftssektor zu verdingen. Die Reservate dienen somit dem ›weißen‹, sich seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickelnden Wirtschaftssektor als Lieferant billiger Arbeitskräfte und als Markt für ihre Erzeugnisse (Kolonialwirtschaft).

Apartheid. Der aus Holland stammende Teil der weißen Siedler sicherte sich überwiegend im Bereich der extensiv betriebenen Landwirtschaft die wirtschaftliche Grundlage (Buren: Bauern). Durch Erbteilung wurden Anfang des 20. Jahrhunderts viele ehemalige Latifundien so klein, daß sie die Reproduktion ihrer Eigentümer nicht mehr garantierten. Diese Farmbesitzer wurden ebenso wie jene, die ihr Land an die seit Ende des 19. Jahrhunderts expandierenden Bergwerksgesellschaften verkauften, gezwungen, sich — ihrer ökonomischen Grundlage enthoben — in den Städten niederzulassen, um ihr Dasein durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten zu können. Ohne adäquate Ausbildung gerieten sie in Konkurrenz zu den schwarzen Arbeitskräften, die ihnen wegen ihrer geringeren Forderungen jedoch meistens vorgezogen wurden. So bildete sich ein weißes Proletariat, eine Schicht armer Weißer. Um deren Allianz mit den Schwarzen vorzubeugen, garantierten Regierung und Privatwirtschaft ihnen nach einer Reihe von Arbeitskämpfen einen höheren sozialen und wirtschaftlichen Status, indem sie ihnen aufgrund ihrer Hautfarbe erheblich höhere Löhne zahlten und Arbeitsplätze zuerteilten, die nicht von Schwarzen eingenommen werden dürfen (›job reservation‹).

Wirtschaftsentwicklung von oben. Die mit der bäuerlichen Produktionsweise verbundenen Buren sahen im englischsprachigen Bevölkerungsteil, der sich parallel zur Entfaltung des Kapitalismus im englischen Mutterland vornehmlich in Bergbau, Industrie und Finanzwesen engagierte, Ausländer, von denen sie und ›ihr‹ Land ausgebeutet wurden. Nachdem der militärische Versuch, die politische und wirtschaftliche Vormacht der Engländer zu brechen, um die Jahrhundertwende durch die Niederlage in den Burenkriegen gescheitert war, gelang es den Buren zwischen den Weltkriegen, auf politischem Wege die Regierungsgewalt zu erlangen. Die nunmehr burischen Regierungen bemühten sich in der Folge, den burischen Volksteil wirtschaftlich zu emanzipieren, ihn also an den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren der Wirtschaft zu beteiligen und die ökonomische Dominanz des englischsprachigen Bevölkerungsteils einzudämmen. Da die Buren individuell dazu

nicht in der Lage waren, übernahm die Regierung diese Aufgabe und baute, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, ein erhebliches staatliches Wirtschaftsimperium auf.

Weltwirtschaftliche Verflechtung. Wie jedes in ökonomischer Hinsicht unerschlossene Land mit Potential brauchte auch Südafrika seit Ende des 19. Jahrhunderts zur Entwicklung des Bergbaus, der Infrastruktur und der Industrie ausländisches, d. h. anfänglich europäisches Kapital. Zunächst floß dieses in Form von Direktinvestitionen vor allem in den Bergbau, später auch in andere Bereiche der Privatwirtschaft. Anreiz dafür waren zum einen das europäische Interesse an den Bergbauprodukten (Sicherung der Bezugsquellen), zum anderen aber auch die für eine hohe Kapitalverzinsung günstigen Rahmenbedingungen (kein Mangel an Arbeitskräften; niedrige Löhne; guter Absatz; Infrastrukturvorleistungen der Regierung; Gewaltverhältnisse, die für ›Arbeitsfrieden‹ sorgten). Mit zunehmender wirtschaftlicher Aktivität der Regierung muß jedoch der Staatshaushalt in immer größerem Maße mit Hilfe ausländischen Kapitals finanziert werden. Aufgrund der Verfügbarkeit über Gold, des Vorhandenseins hoher Devisenreserven und wegen der üblicherweise hohen Verzinsung hatte die südafrikanische Regierung bis in die jüngste Vergangenheit nur selten Probleme, Anleihen und langfristige Darlehen zu erhalten. Wie schon erwähnt, findet die finanzielle Verflechtung der RSA mit dem Weltkapitalmarkt ihre Entsprechung in der Außenhandelsverflechtung.

II. Der Preis der ›getrennten Entwicklung‹

Die Nutzung des Arbeitskräftepotentials der Reservate und die Arbeitsplatzgarantie für schlecht oder gar nicht ausgebildete Weiße waren Anlaß zur Entstehung eines komplexen Systems von Gesetzen, staatlich verordneten Umgangsformen und Institutionen, des Systems der Apartheid, das die sozio-ökonomische Privilegierung der weißen Minderheit und die — gemäß der Politik der ›divide et impera‹ graduell von der ›Zwischenposition‹ der Mischlinge und Inder bis zum völlig rechtlosen Status der Afrikaner abgestufte — Benachteiligung der ›nicht-weißen‹ Mehrheit staatlich verbindlich festlegte. Unter dem Einfluß der burischen Ideologie (›Afrikanertum‹), die ihrerseits vom kalvinistischen Prädestinationsdenken geprägt ist, entfernt sich dieses System immer weiter von der Rationalität einer gewinnorientierten und grundsätzlich privatwirtschaftlich geordneten Nationalökonomie und steht ihr heute entgegen. Wichtige Elemente dieses Systems sind die Zeitvertragsarbeit der männlichen Reservatsbewohner in der ›weißen‹ Wirtschaft; die damit zusammenhängende Zugangskontrolle (nur während der Dauer des Arbeitsvertrags darf der Reservatsbewohner im ›weißen‹ Gebiet wohnen, nicht jedoch dessen Familienangehörige); die ständige Überwachung aller Bewegungen der Schwarzen innerhalb des ›weißen‹ Gebiets (Paßgesetze); die strikte Isolierung der Kontraktarbeiter nach ›stammesmäßigen‹ Kriterien außerhalb der Arbeitszeit durch Einquartierung in leicht kontrollierbare, nach ethnischer Zugehörigkeit festgelegte Wohnlager (›compounds‹, besonders bei den Bergwerken) oder Schlafstädten (›black townships‹ in der Nähe aller großen Städte) und schließlich auch umgekehrt die Illegalisierung jeglichen persönlichen Kontaktes der Weißen mit der Bevölkerungsmehrheit (Zugangskontrolle in ›townships‹ und Reservaten, ›Rassenschande‹-Gesetze).

Diese Abschirmung im täglichen Leben zusammen mit der aus der Arbeitsplatzgarantie für Weiße resultierenden Notwendigkeit, die ›Nicht-Weißen‹ entsprechend der für sie bestimmten Arbeitsplätze mit niedrigen manuellen Tätigkeitsmerkmalen auszubilden und mit gesonderten Dienstleistungen zu versorgen, führte zum Aufbau völlig getrennter Verwaltungen und Versorgungssysteme (etwa im Erziehungs- und Gesundheitswesen) für Weiße, Schwarze, Inder und Mischlinge. Die im südafrikanischen Sprachgebrauch seit einigen

Jahren übliche Ersetzung des Begriffs ›Apartheid‹ durch ›Politik der getrennten Entwicklung‹ und neuerdings auch ›plurale Demokratie‹, soll der in Wirtschaft und Gesellschaft vorherrschenden Ungleichheit und Rassendiskriminierung die Aureole der Berechtigung und Gerechtigkeit verleihen. Der Ideologie zufolge, die den weißen Herrschaftsanspruch zu legitimieren versucht, wird ›Apartheid‹ als gleichberechtigtes autonomes Nebeneinanderleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach jeweils eigener Fassung definiert. Dem soll die Übertragung von Selbstverwaltungsrechten auf die Reservate (›Bantustans‹) im ersten Schritt und ihre Entlassung in die ›völkerrechtliche‹ — aber von der Staatengemeinschaft nicht anerkannte — Unabhängigkeit im zweiten dienen (Transkei und Bophutatswana).

Auch wenn ›Selbstverwaltung‹ und ›Unabhängigkeit‹ in politischer Hinsicht ernstzunehmende Absichtserklärungen der südafrikanischen Regierung wären, so blieben sie dennoch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Farce. Aufgrund des Mangels an Ressourcen und der Übervölkerung stellen die existierenden Reservate ökonomisch nicht lebensfähige Gebilde dar, die existentiell untrennbar mit der südafrikanischen Volkswirtschaft verwoben sind. Ebenso ist der im Besitz der Weißen befindliche Wirtschaftssektor auf das Reservoir an Arbeitskräften und den Markt der Reservate angewiesen.

Im Zuge der ›Politik der getrennten Entwicklung‹ hat die südafrikanische Regierung seit 1959 durch die Gründung von Entwicklungsgesellschaften⁷ und durch die Ermunterung des Aufbaus sogenannter Grenzindustrien (›border industries‹: an der Grenze zu den Reservaten angesiedelte Produktionsstätten) versucht, einerseits die Wirtschaftskraft der Reservate zu stärken und andererseits den hohen regionalen Konzentrationsgrad der Produktion sowie die damit verbundene Polarisierung tendenziell abzubauen. Die Entwicklungsgesellschaften dürfen im Gegensatz zu weißen Investoren ungehindert in den Reservaten Betriebe gründen und Kapitalbeteiligungen erwerben. Von Handelsgeschäften, Tankstellen und kleinen Dienstleistungsbetrieben modernen Zuschnitts abgesehen, fällt es den Gesellschaften jedoch schwer, für den von ihnen identifizierten Typ von Projekt Partner in den Reservaten zu finden. Deshalb gründen und führen sie solche Betriebe in eigener Regie, so daß die schwarze Reservatsbevölkerung auch hier — ebenso wie in den Grenzindustrien und übrigen Betrieben im ›weißen‹ Gebiet — nur wieder billige Arbeitskraft für die Verrichtung niederer Arbeiten darstellt und wenig technisches Wissen sowie keinerlei Managementenerfahrung erwerben kann. So haben sie nicht einmal in ihren ›eigenen‹ Wohngebieten die Chance, sich in systemkonformer Weise wirtschaftlich zu emanzipieren.

Die paternalistische Grundhaltung gegenüber der kolonisierten Mehrheit hindert die Buren daran, noch bestehende traditionelle (aus burischer Sicht: primitive und unvollkommene) Wirtschaftsformen der autochthonen Bevölkerung ernst zu nehmen, daran mit staatlichen Förderungsleistungen anzuknüpfen, die schwarzen Farmer, Viehhalter, Handwerker und Händler bei der Erprobung neuer Wirtschaftsformen eigene Erfahrungen sammeln zu lassen und als selbständige Wirtschaftseinheiten in die Wirtschaft zu integrieren. Statt dessen werden, soweit überhaupt möglich, hochmoderne, kapitalintensive Farmen und Industriebetriebe in die Reservate transplantiert, die bis auf weiteres nur von weißen Managern und Technikern geleitet werden können, kaum Entwicklungsimpulse für die ansässige Bevölkerung bedeuten und das Ziel verfolgen, die Gewinne der Entwicklungsgesellschaft zu maximieren, damit sie mehr Projekte der beschriebenen Art finanzieren kann.

Derselben paternalistischen und perfektionistischen Haltung entspringt das De-facto-Verbot jeglicher Produktion in den ›black townships‹ und überhaupt jeglicher selbständiger Tätigkeit in den ›compounds‹. Die potentielle wirtschaftliche

Eigendynamik, die in Gang gesetzt wird, wenn in relativ kaufkräftigen Ballungsgebieten der differenzierten Nachfrage ein differenziertes Angebot spezialisierter Kleinunternehmer begegnet, ist von den Bergbaugesellschaften und südafrikanischen Behörden nicht nur nicht gefördert, sondern mittels rein formaler Argumentation sogar unterdrückt worden. Dieses Verhalten kann nicht mit dem rassistischen Argument gerechtfertigt werden, wirtschaftliche Aktivitäten der Schwarzen gingen auf Kosten der weißen Betriebe, weil erwartet werden kann, daß bei der freien Entfaltung ökonomischer Aktivitäten der Schwarzen Kaufkraft und Nachfrage insgesamt steigen werden.

Die Aufwertung der in einer bestimmten historischen Situation entstandenen und damals politisch und wirtschaftlich für die Weißen nützlichen Apartheid zur Staatsideologie erschwert jetzt, da sie aufgrund der internationalen Entwicklung und der von der Wirtschaftsdiversifizierung hervorgerufenen Veränderung der Anforderungen an die Qualifikationsstruktur der Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich unsinnig, schädlich und kostspielig geworden ist, ihre Abschaffung oder zumindest tiefgreifende Modifizierung zugunsten eines ›aufgeklärten‹ Systems. Das wäre schon allein deshalb nötig, weil die Apartheid die Volkswirtschaft erheblich belastet. Ihre *wirtschaftlichen Kosten* umfassen unter anderem:

- > den entgangenen Nutzen durch Behinderung eines selbsttragenden Wirtschaftswachstums in ›compounds‹, ›townships‹ und Reservaten⁸;
 - > die durch das Kontraktarbeitssystem, nach dem die Revertsbewohner nur für 9 bis 18 Monate zur Arbeit außerhalb der Reverts verpflichtet werden, bedingten hohen Anlernkosten;
 - > den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, hervorgerufen durch das Verbot für ›Nicht-Weiße‹, bestimmte qualifizierte Berufe zu erlernen,
- und
- > die Subventionierung schlecht oder gar nicht ausgebildeter Weißer, die von der Konkurrenz abgeschirmt werden, durch Zahlung nicht leistungsgerechter hoher Löhne und Gehälter.

Die überwiegend im nichtburischen weißen Besitz befindliche Privatwirtschaft ist sich seit Jahren der ihr von der Apartheid auferlegten Kosten bewußt und fördert ihre Modifizie-

rung im ökonomischen Sektor. Gelegentlich werden von Großunternehmen (vor allem im Goldbergbau) Versuche unternommen, durch ein *Fait accompli* gesetzliche Bestimmungen zu unterlaufen. Regierung und Verwaltung haben jedoch bislang zumeist durch ihre Aufmerksamkeit und nicht zuletzt auch aufgrund des massiven Protestes seitens der weißen Arbeiterschaft die Versuche zur Aushöhlung der Gesetze unterbunden oder zu verhindern verstanden⁹. Hier wird das besondere Dilemma des Apartheid-Staates deutlich, das sich im Vorhandensein voneinander abweichender politischer und wirtschaftlicher Herrschaftsmaximen äußert. Der früher an einer südafrikanischen Universität beschäftigte Wissenschaftler H. Adam stellt das folgendermaßen dar:

»Wenn das Wirtschaftswachstum in ausreichendem Maße erhalten werden soll, dann müssen die Afrikaner ausgebildet werden. Die zunehmende Beschäftigung von ausgebildeten Afrikanern in strategischen Positionen erhöht jedoch deren Verhandlungsmacht und erlaubt ihnen, mit sehr viel mehr Nachdruck in häufig vorkommenden Streiks die Abschaffung der Diskriminierungen zu fordern.«¹⁰

Darüber hinaus führt das System der Apartheid auch zu administrativem Aufwand, der hohe Sonderausgaben nach sich zieht. Zu den *politischen Kosten* der Apartheid gehören unter anderem:

- > Einrichtung und Unterhaltung parallel arbeitender Verwaltungsinstitutionen im Rahmen der ›getrennten Entwicklung‹ für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen;
- > Kosten der Bevölkerungsklassifizierung und der Zwangsumsiedlung;
- > Kosten des Kontraktarbeitersystems und der Paßgesetze¹¹ sowie
- > in den vergangenen Jahren eine ständige Erhöhung des Militärhaushalts aufgrund des inneren und äußeren Widerstandes gegen das rassistische Minderheitsregime (im Finanzjahr 1972/73 noch 358 Mill Rand (R), 1977/78 dagegen bereits 1 654 Mill R — das entspricht einem Anteil von 18,4 vH am Gesamtbudget).

Trotz der hohen Kosten hält die südafrikanische Regierung weiterhin am Kern der Apartheid fest. Selbst jetzt noch, da die weltweite Rezession auch Südafrika erreicht hat und ihr Preis immer drückender wird. Der Hinweis auf die Tatsache, daß die ›Politik der getrennten Entwicklung‹ zur staatstragenden Ideologie geworden ist, mit der sich die weißen Südafri-



Zentraler Bestandteil der Apartheid-Politik (heute gefälliger als ›Politik der getrennten Entwicklung‹ oder gar der ›pluralen Demokratie‹ umschrieben) ist die Errichtung von ›Heimatländern‹, nichts anderes als Reservaten oder Gettos, durch die südafrikanische Regierung. Weniger als ein Siebtel der Landfläche soll sieben Zehnteln der Bevölkerung theoretisch zur ›Heimat‹ werden. Im ›weißen‹ Südafrika würden schließlich die schwarzen Südafrikaner, mit der Staatsangehörigkeit der dann ›unabhängigen‹ Bantustans ausgestattet, zu ausländischen ›Gastarbeitern‹. Diese Politik des institutionalisierten Rassismus stößt in der Weltöffentlichkeit zunehmend auf Ablehnung; das auf den 21. März 1978 folgende Jahr wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Anti-Apartheid-Jahr (vgl. VN 2/1978 S. 61f.) erklärt. — Im Bild ein ehemaliges Missionsgebäude in Nongoma, das dem ›Zulu-Legislativrat‹ zur Verfügung gestellt wurde.

kaner vor Kommunismus und Verlust ihrer nationalen und kulturellen Identität schützen wollen, genügt dabei als Erklärung nicht. Tatsächlich geht es auch immer noch um die relativ große Zahl der schlecht oder gar nicht ausgebildeten Weißen, die bei Abschaffung der Apartheid um ihre Stellung im Produktionsprozeß und den daran gekoppelten Lebensstandard bangen müssen. Sie wären teils zur Arbeitslosigkeit, teils zu einem Leben mit weit niedrigerem Lohn oder Gehalt verurteilt und könnten angesichts einer solchen Perspektive »gleichmacherischer Proletarisierung« als bisher zuverlässigste Stütze des bestehenden Herrschaftssystems einer »farbenblinden« sozio-ökonomischen Struktur ihre Unterstützung verweigern.

III. Wirtschaftsentwicklung von oben

Zu den Paradoxa des südafrikanischen Systems gehört die schon fast an Verfolgungswahn grenzende Feindschaft zum »Kommunismus« und gleichzeitig die Ähnlichkeit der staatlichen Struktur und Organisation mit dem »Staatskapitalismus« der Ostblockstaaten. Sie zeigt sich, unabhängig von den spezifischen Inhalten, in der ideologischen Indoktrination der Bürger, im Umgang mit »Dissidenten« und auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem in der Übermacht des Staatssektors: in Planung, Kontrolle und Lenkung der Wirtschaft von seiten der Regierung und deren nachgeordneten Behörden. Der burische Wirtschaftsmanager A. D. Wassenaar hat in seinem 1977 erschienenen Buch »Anschlag auf die Privatunternehmung. Das Tor zum Kommunismus«¹² diese (bei genauerem Vergleich letztlich nur äußerliche) Ähnlichkeit an Beispielen aufgezeigt und seine Landsleute davor gewarnt, immer mehr wichtige Entscheidungen von Bürokraten treffen zu lassen, die von ihrer Ausbildung her nicht in der Lage seien, in wirtschaftlichen Kategorien zu denken.

Oben wurde darauf hingewiesen, daß der Grund für die staatlichen Wirtschaftsaktivitäten der burische Wunsch nach wirtschaftlicher Mitbestimmung war, der mangels Vorkenntnis und Erfahrung der einzelnen Buren, sich in außerlandwirtschaftlichen Aktivitäten zu betätigen, nur von der Regierung realisiert werden konnte. Ein weiterer Grund für das wachsende Engagement der Regierung im ökonomischen Bereich ist im zunehmenden Widerstand der afrikanischen Mehrheit,

im internationalen Druck auf die südafrikanische Regierung, in der Drohung mit Waffenembargo, Boykott und Sanktionen von seiten anderer Staaten und im veränderten Kräfteverhältnis im Südlichen Afrika zu suchen. Alle diese Faktoren haben seit mehr als einem Jahrzehnt bei der südafrikanischen Regierung die Absicht gefördert, in der Versorgung mit Waffen, Öl und lebensnotwendigen Konsumgütern autark zu werden. Diesem Ziel ist die Regierung Südafrikas in den vergangenen Jahren mit Hilfe ausländischen Kapitals (Anleihen und Darlehen) und technischen Wissens in regierungseigenen oder -geförderten Betrieben nahegekommen. Dabei wurden aus politischen Gründen auch wirtschaftlich unrentable Vorhaben realisiert. Die damit verbundenen Verluste können als weiterer Sonderposten den Kosten der Apartheid zugerechnet werden.

Wichtigste Instrumente der staatlichen Industrialisierung sind die 1928 gegründete staatliche Eisen- und Stahlindustriegesellschaft (ISCOR), deren Tochtergesellschaft METKOR, durch die ISCOR sich an anderen Produktionsbetrieben beteiligt, und die 1940 gegründete, ebenfalls rein staatliche Industrieförderungsgesellschaft (IDC), die selbst Betriebe gründet und leitet, sich an Privatbetrieben beteiligt und diesen mittel- und langfristige Kredite gewährt. Mittels der Vergabe von Produktionslizenzen und der Festsetzung von Preisen greift die südafrikanische Regierung tief in die privatwirtschaftliche Sphäre ein. Die Körperschaftsteuertarife sind sehr reinvestitionsfeindlich, indem sie den unausgeschütteten Gewinn hoch besteuern, und das Steuersystem generell ist äußerst gewinnfeindlich, indem die Unternehmensgewinne doppelt besteuert werden (bei der Unternehmung und beim Dividendenempfänger)¹³. Durch Entmutigung der Privatwirtschaft bereitet sich die südafrikanische Regierung das Feld für eigene Aktivitäten und fördert den Konzentrationsprozeß.

Die Wirtschaftsentwicklung Südafrikas stützte sich bis zum Zweiten Weltkrieg fast ausschließlich auf britisches Kapital. Die burische Regierung suchte danach in ihrem Bemühen, eine burische Wirtschaft aufzubauen, als Gegengewicht nicht-britisches Kapital und erschloß sich vor allem den US-amerikanischen und den deutschen Kapitalmarkt. Indem sie sich massiv an diesen Kapitalmärkten verschuldete und Privatinvestitionen aus allen westlichen Ländern ermunterte, verwickelte sie diese in die südafrikanische Wirtschaft und machte

Eine der Konsequenzen der politischen und sozialen Entrechtung der weit überwiegenderen Zahl der Südafrikaner ist es, daß sich von außen nur schwer eine Übersicht über die tatsächlich politisch relevanten Kräfte innerhalb der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gewinnen läßt. Zu rechnen ist außer mit den vom Exil aus wirkenden Befreiungsbewegungen ANC und PAC mit den verschiedenen neueren Strömungen der Bewegung des »schwarzen Bewußtseins« im Lande selbst. Zu rechnen ist aber auch mit Gatsha Buthelezi, Regierungschef des »Heimatlandes« Kwa-Zulu, der längst über die Statur eines Bantustan-Chefs von Pretorias Gnaden hinausgewachsen ist. Die zu Beginn dieses Jahres etwa 130 000 Mitglieder der von ihm geführten »Inkatha-Bewegung« sind vorwiegend, aber keineswegs ausschließlich Zulus; für die südafrikanische Regierung genügend Anlaß zu Mißtrauen. — Unter Archivbild aus dem Jahre 1972 zeigt G. Buthelezi bei einer Ansprache im Jabulani-Stadion von Soweto.



sie in gewisser Weise zu Komplizen bei der Erhaltung der bestehenden Regierungsform und der dieser zugrunde liegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Die westlichen Industrieländer empfinden in jüngster Zeit ihre Verflechtung in die südafrikanische Wirtschaft immer mehr als eine politische Bürde, die es auch durch den Hinweis auf die Dichotomie von staatlichem, politischen Handeln einerseits und privater, wirtschaftlicher Aktivität andererseits im Rahmen internationaler Politik nicht abzuwerfen gelingt.

Die zunehmende Bedeutung des Staatsapparates innerhalb der südafrikanischen Wirtschaft zeigt sich deutlich an dessen hohem Anteil an den inländischen Bruttoanlageinvestitionen, der von 1970 bis 1976 von 43,8 vH auf 54,4 vH gestiegen ist, jedoch 1977 leicht auf 53,6 vH sank. Der Nettokapitalzufluß aus dem Ausland zur Finanzierung der inländischen Bruttoinvestitionen schwankte zwar in den vergangenen Jahren stark, stieg aber tendenziell zwischen 1970 und 1975 von 582 Mill R auf 1 926 Mill R. 1976 sank er auf 1 110 Mill und 1977 wendete sich das Blatt vollends, als 850 Mill R vom Ausland abgezogen wurden. Vom Nettokapitalzufluß aus dem Ausland nahm die südafrikanische Regierung dabei zunehmende Anteile auf. Ihre Außenschuld stieg vom Haushaltsjahr 1971/72 bis zum Jahre 1976/77 um 226 vH auf 1 356 Mill R. Die inländische Verschuldung erhöhte sich in derselben Zeitspanne dagegen »nur« um 125 vH auf 12 615 Mill R, so daß sich die Gesamtschuld der südafrikanischen Regierung 1977 auf knapp 14 Mrd R belief (das entspricht 167 vH der Staatsausgaben im Haushaltsjahr 1976/77)¹⁴.

Die allgemein übliche Folge der Kreditfinanzierung großer Teile des Staatshaushalts, nämlich Inflation, zeigte sich auch in der RSA: der Index der Großhandelspreise stieg von 1970 bis 1977 von 100 auf 230,4 und der der Endverkaufspreise in nur zwei Jahren zwischen 1975 und 1977 von 100 auf 123,5¹⁵.

IV. Rezession oder Systemkrise

Es wurde bereits erwähnt, daß auch die südafrikanische Wirtschaft die Folgen der jüngsten weltweiten Rezession zu spüren bekam. Die Erhöhung der Preise für Rohöl und Industriegüter seit 1973, der vorübergehende Rückgang des Preises für Gold und der anhaltende Rückgang anderer Rohstoffpreise, die hohe Inflation und der Wertverlust des Rand gegenüber den Währungen wichtiger Handels- und Finanzpartner haben sicherlich dazu beigetragen. Aber es waren letztlich andere Faktoren, die zum Rückgang des Index der Firmengründungen während der Zeitspanne 1970 bis 1977 von 100 auf 25,5 und während derselben Zeitspanne zum Anstieg des Index der Firmenliquidationen von 100 auf 800,6¹⁶ sowie zum Abfluß ausländischen Kapitals seit 1977 führten. Man muß sie einerseits in den Grenzen suchen, die durch die Apartheid dem Wirtschaftswachstum auferlegt werden, und andererseits in der instabilen Lage und politischen Unsicherheit. So weist der Jahresbericht der Barclays National Bank South Africa für 1977 warnend darauf hin: »Wenn nicht sozio-politische Veränderungen auf evolutionärer Basis von den zuständigen Obrigkeiten aktiv gefördert werden, können die Konsequenzen dieser ungünstigen Faktoren permanent die Wirtschaft des Landes schädigen.«¹⁷

Notwendigkeit grundlegenden gesellschaftlichen Wandels

Die vollzogenen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in Angola und Mosambik und die bevorstehenden tiefgreifenden Veränderungen der Machtstruktur in Simbabwe und Namibia, zusammen mit dem Druck der schwarzen Bevölkerung von innen und dem internationalen Druck von außen haben die Weißen Südafrikas unsicher gemacht, wenngleich sie weiterhin konzessionslos an ihren Dogmen festhalten. Ihre Unsicherheit zeigt sich aber in der Zurückhaltung beim Grundstückskauf, Hausbau, Autokauf, Konsum dauerhafter Güter, bei den Investitionen sowie im wachsenden Be-

streben, Kapital legal und illegal ins Ausland zu transferieren.

Zur Abschwächung der Binnennachfrage hat neben der Unsicherheit der kaufkräftigen weißen Bevölkerung auch der von der hohen Inflationsrate bedingte Rückgang der Kaufkraft beigetragen. Sie ist den ausländischen Investoren und Finanziers neben der Ungewißheit über die politische Entwicklung der RSA Grund, sich zurückzuhalten und Kapital, wenn überhaupt, nur kurzfristig und zu hohen Zinsen auszuliehen.

Hält die südafrikanische Regierung an ihrer Politik fest, so werden sich innerer und äußerer Druck verstärken. Die schrumpfende Wirtschaft wird dann immer höhere Abgaben zur Finanzierung der steigenden Kosten zur Systemsicherung leisten müssen und die Realeinkommen der Bevölkerung werden durch weiter steigende Inflation aufgrund der Krediterschöpfung zugunsten des Staatshaushalts und durch steigende Steuerlast weiter gesenkt. Das wiederum erhöht den politischen Druck von innen — usw. Es ist also keinesfalls eine ausschließlich auf den Bereich der Volkswirtschaft reduzierte »Talsohle« (im Sinne einer krisenzyklischen Theorie) zu konstatieren, sondern vielmehr eine tieferliegende Systemkrise, die ihre gesellschaftlichen Ursachen in politischen, sozialen und ökonomischen Faktoren des Apartheid-Systems findet. Diese erweisen sich als konstitutive Bestandteile der südafrikanischen Macht- und Herrschaftsstrukturen. Damit erfordert die Gesundung der südafrikanischen Nationalökonomie nicht nur wirtschaftspolitisch bestimmte Konjunkturmaßnahmen im engeren Sinne, sondern die grundsätzliche Veränderung der südafrikanischen Gesellschaftsstruktur.

Das südafrikanische Wirtschaftspotential ist groß und stabil genug, um unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen einer prosperierenden Volkswirtschaft als Basis zu dienen, und besteht unter anderen aus folgenden Elementen:

- > Einer Fülle von Bodenschätzen, unter denen einige von strategischer Bedeutung und nur in wenigen anderen Ländern zu finden sind;
- > einer guten Infrastruktur im bisher »weißen« Gebiet;
- > einem relativ hoch entwickelten modernen Sektor;
- > einem Binnenmarkt, dessen Sättigungsgrenze nicht so schnell erreichbar ist, wenn die Diskriminierungen und gesellschaftlichen Ungleichheiten erst einmal abgeschafft worden sind,

und

- > einem großen Marktpotential in den Nachbarländern.

Abschließend stellt sich die Frage, ob angesichts der sich ständig verschlechternden Bedingungen zur Erschließung und Nutzung dieser Ressourcen die Interessen der Privatwirtschaft eine weitere Einengung ihrer potentiellen Wachstumsmöglichkeiten und des eigenen wirtschaftlichen Handlungsspielraumes noch lange ohne offene Konfrontation erdulden werden. Zumal davon ausgegangen werden muß, daß mit zunehmender Zuspitzung des innen- und außenpolitischen Konfliktes die Polarisierung zwischen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und der Minderheitsregierung weiter wächst und selbst die Möglichkeit zu mehr als nur kosmetischen Korrekturen am System der Apartheid — also weitgehende Modifikationen unter Beibehaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse — erschwert.

Anmerkungen

- 1 Resolution 418(1977) des Sicherheitsrats v. 4.11.1977. Text s. VN 6/1977 S.198; Bericht s. VN 1/1978 S.26f.
- 2 S. zu diesem Fragenkomplex folgende neue Publikationen H. Bley/R. Tetzlaff (Hrsg), Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik, Reinbek b. Hamburg 1978; C. Ferguson/W. R. Cotter, South Africa: What is to be done?, in: Foreign Affairs, Jg. 57 (1978) Nr.2, s. vor allem S.269—273; R. Hasse, Why Economic Sanctions Always Fail. The Case of Rhodesia, in: Intereconomics, 13.Jg.(1978) H.7/8; H.-G. Hubrich/H. Melber, Namibia. Geschichte und Gegenwart, Bonn 1977, s. besonders S.213ff.; W. Schneider-Barthold, Die Beurteilung der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Südafrika und zu den OAU-Staaten aus

- deutscher Sicht, Berlin 1976 (aktualisierte Neuauflage 1979 vorgesehen); ders., Die deutsche Südafrika-Politik aus wirtschaftlicher Sicht, in: Afrika Spectrum, 11.Jg.(1976) H.3; A. Spandau, Wirtschaftsboykott gegen Südafrika, Kapstadt—Wetton—Johannesburg 1977.
- 3 World Bank Atlas, Washington 1977, S. 6 und 14. Angaben über das Pro-Kopf-Einkommen als Hilfsmittel im internationalen Vergleich dürfen jedoch nicht über die teilweise extrem hohen Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Länder hinwegtäuschen, die sich im besonderen Falle Südafrikas in krassen Verteilungsunterschieden und Ungleichheiten entlang des Kriteriums der Rassenzugehörigkeit manifestieren.
 - 4 Errechnet aus: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin No.129, September 1978, Pretoria, S.S-72.
 - 5 The Nedbank Group, South Africa: An Appraisal, The Sovereign Risk Criteria, Johannesburg 1977, Tabellen 78, 79, 86 und 87.
 - 6 Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfA), Republik Südafrika, Wirtschaft in Zahlen, Köln 1978, S.76 und 86.
 - 7 Bantu Investment Corporation, Xhosa Development Corporation, Bantu Mining Corporation, Coloured Development Corporation und andere.
 - 8 Auf einer Tagung in Durban im Januar 1977 konstatierte Len Abrahamse, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Nedbank und der Syfrets-UAL Holdings, daß ohne Apartheid das Brutto-sozialprodukt der RSA ungefähr 50 vH größer wäre als gegenwärtig. Zit. nach Advertiser, Windhuk, v. 1.2.1977.
 - 9 S. zum Gegensatz Privatwirtschaft-Apartheid: A. Spandau, Politisch bedingte Wachstumsbegrenzungen der südafrikanischen Wirtschaft, in: Internationales Afrika Forum, H.6/1972; H.-G. Hrach, Republik Südafrika — Black Training — Von Arbeitskräfteproblemen zu Reformansätzen, Bonn 1976.
 - 10 H. Adam, Conquest and Conflict in South Africa, in: Journal of Modern African Studies, 1975, S. 633 (übersetzt von den Verfassern).
 - 11 Nach einer Analyse des Soziologen Michael Savage von der Universität Kapstadt belasteten die Durchführung des Kontraktarbeits-systems und der Paßgesetze 1976 den öffentlichen Haushalt mit 110,8 Mill R. Diese Summe übersteigt die 1976/77 bewilligten Ausgaben für »Bantu Education«, das Arbeits- und Innenministerium sowie die laufenden Kosten des südafrikanischen Parlaments. Zit. nach Advertiser, Windhuk, v. 1.2.1977.
 - 12 A. D. Wassenaar, Assault on Private Enterprise. The Freeway to Communism, Kapstadt 1977.
 - 13 S. im einzelnen A. D. Wassenaar (Anm.12).
 - 14 Alle Angaben dieses Abschnitts sind errechnet aus: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin (Anm.4), S.S-77, S-84 und S-49.
 - 15 South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin (Anm.4), S. S-92 und S-93.
 - 16 South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin (Anm.4), S. S-91. Firmenliquidationen und Rückgang der industriellen Produktion bedeuten natürlich auch steigende Arbeitslosenquote.
 - 17 Zit. nach Allgemeine Zeitung, Windhuk, v. 20.12.1977.

Apartheid und Wissenschaft

Zur Genese und Praxis der südafrikanischen Farbenlehre

BERNHARD STRECK

»Der gewöhnliche Eingeborene hockt auf dem Boden. Man behauptet ja nicht mit Unrecht, daß dies die ursprüngliche Art des Sitzens bei ihnen ist, aber trotzdem empfindet der Schwarze diese Art, wenn sie ihm vom Europäer aufgezwungen wird, als Demütigung. Der Eingeborene ist nun eben in der Anschauung der dort lebenden Europäer eine Menschensorte minderer Art, mit der man nicht einmal dieselbe Kirche gleichzeitig besuchen will, was vielen Missionaren den Dienst sehr erschwert. Würde der Reisende mit diesen Sitten und Gebräuchen radikal brechen, so würde er sich damit des Verkehrs und der Unterstützung der Europäer begeben, auf die er doch angewiesen ist. Es gehört also ein außerordentliches Maß von Takt dazu, um weder das Selbstgefühl der Weißen noch das des Eingeborenen zu verletzen.«¹

So leitete 1934 der Ethnologe Viktor Lebzelter, Kustos am Naturhistorischen Museum in Wien, die »Wissenschaftlichen Ergebnisse« seiner Forschungsreise nach Südafrika ein. Die Not des Alteuropäers seinem kolonialen Bruder gegenüber ist geblieben: er braucht ihn, doch er schämt sich dessen rüder Umgangsformen. Eine besonders abscheuliche Erfindung aus der kolonialen Welt ist die Lehre der südafrikanischen Weißen, ihre Mitmenschen nach der Farbe zu klassifizieren: Je dunkler einer ist, um so weniger darf er die Früchte seiner Arbeit genießen. Die Weltöffentlichkeit ist aufgebracht über diese Praxis, die Weltwirtschaft aber nutzt sie.

Frühe Formen des Kontakts

Südafrika eignet sich zu seiner Sonderrolle als Scharnier zwischen reicher und armer Welt, weil sich hier eine alte Siedlerkolonie mit einer jüngeren Rohstoffkolonie verbunden hat. Die Dynamik der letzteren und die Repression der ersteren führten zusammen zu diesem Monstrum einer hochmodernen »freien« Wirtschaft ohne freien Arbeitsmarkt, zu dieser parlamentarischen Demokratie der knapp 17 Prozent. Und die dazugehörige Farbenlehre ist ebenfalls jung; die alten Siedler brauchten sie nicht und in der Logik des freien Marktes ist sie auch nicht begründet. Eine Diskriminierung Andersfarbiger brauchte früher überhaupt keine Begründung, sie entsprang dem Faustrecht, bisweilen halfen Religion und sexuelle Verklemmung aus. Die Siedler, die auf der damaligen Verpflegungsstation der holländischen Ostindienkompanie hängenblieben, verfuhrten nach dem üblichen Recht des Plünderungskolonialismus: Die Einheimischen wurden begrüßt, betrogen, verjagt, erschlagen und — was den modernen Rassentrennern nicht mehr in den Kopf will, wovon aber ein guter Teil der heute zweieinhalb Millionen Mischlinge zeugt — gar mancher Bure nahm sich eine Hottentottin zum Weib.

Diese Form des Kontakts vertrug sich mit dem kalvinistischen Patriarchat, doch die üblichere war das reine Dienstverhältnis; »nicht-weiße« Arbeitskraft war von Anfang an *Conditio sine qua non* der Produktivität im neuen Südafrika.

Wer in dieses rohe Ausbeutungsverhältnis nicht integrierbar war, so die jägerischen San (»Buschmänner«), wurde ausgerottet; ihre verarmten Reste leben heute in der Kalahari. Dagegen gab es mit den Vieh züchtenden Khoi-Khoi, die wegen ihrer nichtholländischen Sprache »Hottentotten« genannt wurden, ernsthafte Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, daß Sir John Barrow um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert keine mehr fand, die nicht Sklavendienste für die Siedler verrichteten². Anders verlief schließlich der Kontakt mit den zentral organisierten Bantu-Gruppen; hier sind in der Frühzeit tatsächlich Verhältnisse zu beobachten, die die einem Kampf unter Gleichen oder einer Symbiose nahekommen. Und nur darin hat die burische Apologie gegen moderne Vorwürfe seitens der USA ihre Berechtigung: die Einheimischen des Kaps wurden nicht bis auf Restbestände physisch vernichtet.

Die zweite Kolonialwelle setzte mit der britischen Besetzung des seit 1652 burischen Kapstadt im Jahre 1795 ein; 1820 landeten fünftausend britische Siedler, daraufhin flohen die Buren ins Landesinnere. Eine höhere Form des Kolonialismus mit Industrie und stärkeren Waffen zwang sie dazu. Um die Jahrhundertmitte entstanden die Burenrepubliken Oranje-Freistaat und Transvaal; damit verschob sich die Grenze zu den freien Schwarzen weiter nach Norden und Osten. Den Briten mit ihrer gründlicheren Kolonisierung gelang auch, was die vorindustriellen Buren nicht schafften: die Niederdringung der afrikanischen Reiche in den sogenannten Kaffernkriegen. Auch in Natal begann der Kontakt in scheinbarer Gleichheit: britische Händler saßen am Hofe des Zulu-Königs Tschaka und versorgten ihn mit Rat und Waffen. Tschakas Halbbruder Dingaan koalierte mit Burentrekkern bei seinen Räubereien um Rinder; Dingaans Halbbruder Mpande versuchte, mit burischer Hilfe diesen zu entmachten. In diese Szene der gegen- und miteinander kämpfenden Zulus, Buren und Briten gehört auch John Robert Dunn, der britische Händlersohn, der nach dem Tod seiner Eltern mit der einheimischen Magd ins Zulu-Land gezogen war. Dort erwarb er als Berater des Tschaka-Neffen und Zulu-Königs Cecwayo 49 afrikanische Frauen, die ihm nachweislich 117 Kinder